

„Wer früher stirbt, ist länger tot...“ – so der Titel eines komödiantischen Filmchens aus heimischer Produktion. Da tot gemeinhin nicht als begehrenswerter Zustand gilt, scheint es nur vernünftig, den Todeszeitpunkt möglichst lange hinauszuschieben. Nun ist es nicht nur ein kluger Bibelspruch, sondern auch empirisch gewiss, dass alles seine Zeit hat, das Leben und das Sterben. Die Frage ist nur, was danach kommt. Tot sein heißt, um auf den eingangs zitierten Spruch zurückzukommen, nicht mehr unter den Lebenden zu weilen. Hier handelt es sich um eine biologische Tatsache. Die Vorstellung vom Danach gehört in den Bereich des Glaubens. Das Leben lässt sich auf dem Zeitstrahl beschreiben und kann insofern exakt bestimmt werden. Über das, was im Leben des Menschen geschieht, lässt sich einiges in Erfahrung bringen, noch viel mehr über die kollektiven Lebensformen in Gesellschaften und Staaten. Darüber freilich, ob hinter der Todesgrenze überhaupt etwas ist, kann nur spekuliert werden. Diese Spekulation als solche ist aber, besonders dann, wenn sie öffentlich und rituell stattfindet, eine soziale Tatsache.

Nehmen wir einen atheistischen Zeitgenossen oder jemanden, der sich aus Tradition und familiärer Rücksicht zu einer Religion bekennt, diese aber nicht praktiziert, dürfen wir wohl davon ausgehen, dass er die Welt, in der er lebt, bewältigt, indem er ganz ohne das Kalkül von Lohn und Strafe, also aus Gewohnheit, Gerechtigkeitsempfinden oder aus ethischer Überzeugung bestimmte Dinge tut oder unterlässt. Dass dies im Großen und Ganzen funktioniert, ist auch wieder eine soziale Tatsache. Andernfalls wäre das Chaos die Regel und kein irgendwie geordnetes Zusammenleben. Mit der Tatsache, dass säkularisierte Gesellschaften funktionieren, drängt sich die Vermutung auf, dass der Unterschied zwischen religiös empfindenden sowie glaubensfernen und atheistischen Zeitgenossen für Staat und Politik nicht allzu bedeutend sein könnte!

Würdenträger der großen christlichen Konfessionen, die sich in der fernen und jüngeren Geschichte Diktatoren verschiedenster Couleur angedient haben, um die organisatorische Existenz der Kirche und den eigenen Status zu sichern, sind

Legion. Auf der anderen Seite gibt es auch Beispiele aus den dunkleren Kapiteln der europäischen Geschichte, darunter Kommunisten und Freigeister verschiedenster Prägung, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt oder gar geopfert haben, ohne dass ihnen die Aussicht auf irgendeine Fortexistenz im Jenseits vor Augen gestanden haben dürfte. Der Theologe *Dietrich Bonhoeffer* warf mit dieser Überlegung die Frage auf, ob in solchen Akten der Mitmenschlichkeit, d. h. einer religionsneutralen Humanität ein Fingerzeig Gottes sichtbar werde.

Es geht in diesem Buch nicht um Theologie. Deshalb, um Missverständnissen vorzubeugen, ein kurzes Wort zum Begriff der politischen Theologie: „Politische Theologie bezeichnet (...) das Feld, das Milieu, den Raum und die Bühne, auf welchen christliche Theologie in der Neuzeit bewusst getrieben werden soll (Moltmann 1984, S. 39).“ Das berühmteste Buch mit dem Titel „Politische Theologie“, dem fast jeder, der sich mit dem Thema beschäftigt, seine Reverenz erweist, befasst sich nicht einmal mit Gott. *Carl Schmitt* (1888–1985) setzt an dessen Stelle schlicht und einfach das Bestreben eines politischen Führers oder einer Partei, den Staat zu erobern und den politischen Gegner auszuschalten (Schmitt 1985/1934, S. 49). Sonst aber steht politische Theologie entweder für das Abfragen der Gottesvorstellungen und der Glaubensdokumente auf einen politischen Aspekt (Kirwan 2008, S. 5 f.; Manemann und Wacker 2008; Walther 2004a, S. 11 ff.) oder aber für das gleiche Unterfangen im Werk älterer und moderner Klassiker der Theologie (Scott und Cavanaugh 2004).

Thema dieses Buches ist die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Politik. Oder um es in einer Frage auszudrücken: Was kann die Beschäftigung mit der Religion zum Verstehen des politischen Geschehens beitragen? Die Auseinandersetzung mit dieser Frage, so der Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen, lässt sich nur mit dem Blick in die Historie leisten.

Zunächst gilt es auszumachen, in welchen Gesellschaften die politischen Strukturen und Konflikthaushalte von der Religion mitbestimmt werden. Die europäischen Gesellschaften sind grundlegend säkularisiert. Bis auf Themen wie Genmanipulation, Schwangerschaftsbruch und gleichgeschlechtliche Ehen gibt es kaum noch Fragen, in denen die Kirchen Positionen vertreten, die nicht auch von konservativen, sozialdemokratischen oder grünen Parteien geteilt würden.

Politikwissenschaft wird im Schwerpunkt immer noch in Europa und Nordamerika betrieben. Ihr Gegenstand ist aber schon lange auch die übrige Welt. Sie ist auch gar nicht schlecht darauf eingerichtet, diese mit einigermaßen bewährten Fragestellungen unter die Lupe zu nehmen. Das Bild einer politischen Kultur, die das kollektive Verhalten prägt, bietet sich dafür in besonderer Weise an. Zur politischen Kultur im weitesten Sinne gehört auch das Phänomen der Religion. In Europa war die Religion lange zwar nicht die einzige, aber eine sehr wichtige Projektionsfläche für Macht- und Verteilungskämpfe. Während sie in dieser Eigenschaft dort heute

verblasst erscheint, ist sie demgegenüber in Südostasien, in Indien und allemal im orientalischen Raum noch heutzutage höchst bedeutsam.

Des deutschen Kanzlers *Bismarck* Rangelei mit Rom und den katholischen Bischöfen im preußischen Kulturkampf stand nicht zum Geringsten im Dienst der Bekämpfung von polnischer Sprache und Kultur in den östlichen Grenzgebieten des Reiches. Gehen wir einen Schritt weiter in der Historie: Der Großteil der protestantischen Pfarrer war in der Zeit der Weimarer Republik deutschnational gesinnt. Sie empfanden sich wie auch hohe Beamte und Offiziere als Kriegsverlierer und nahmen Partei gegen die Weimarer Demokratie. Diese hatte die Religion zur Privatsache erklärt und drohte den Pastor vom Sockel des geachteten Honoratioren zu stürzen. Ein weiteres Beispiel: Bis über die Schwelle der 1960er Jahre zählte der innen- und weltpolitische Kampf gegen den Kommunismus für den Vatikan weit mehr als die Unterstützung demokratischer Ordnungen. Demgegenüber machten die britischen Anglikaner und die skandinavischen Protestanten die Evolution ihrer politischen Systeme vom monarchischen zum liberalen und schließlich zum demokratischen Regime einfach mit. Demzufolge wäre es wohl ein bedeutsamer Unterschied, ob sich eine Staatskirche mit einem liberalen und sich demokratisierenden Staat verheiratet oder aber mit einem autoritären Klassenstaat.

Die christlichen Konfessionen und Kirchen Europas taugen nicht mehr zu Neben Bühnen für das politische Kräfteressen. Dies erklärt das geringe Interesse europäischer Politikwissenschaftler an Fragen der Religion. Bereits die US-amerikanische Politik wie auch die US-Politikwissenschaft bieten ein anderes Bild. Seit den 1980er Jahren tritt dort eine wohlorganisierte christliche Rechte auf, die höchst profane kulturelle und materielle Interessen repräsentiert. Der scheinbar heilen Welt der weißen Mittelschicht droht, so das Motiv, Gefahr von einer Gegenkultur – in Medien, Unterhaltung, Wissenschaft, Politik und Rechtsprechung –, die das vertraute Milieu zerstören könnte. Dass es bei der Mobilisierung des Christlichen um mehr geht als um ein Phänomen der dominierenden protestantischen Konfession, wird darin deutlich, dass Teile der katholischen Mittelschicht und der amerikanischen Juden die Agenda der christlichen Rechten unterstützen.

Schon diese kleine Aufzählung von Beispielen westlicher Gesellschaften lässt erwarten, dass eine kulturvergleichende Perspektive auf den Komplex von Religion und Politik ergiebiger erscheint als ein Blickwinkel, der sich allein auf Europa konzentriert. Dies gilt umso mehr, wenn noch die Gesellschaften des islamischen Kulturkreises ins Auge gefasst werden. Herrschaftskritik wie Herrschaftslegitimation schöpfen auch dort aus den Ressourcen der Religion, teils mit der Absicht, Regime zu stürzen und zu verändern, teils, um einen Status quo zu stabilisieren. Die Bandbreite der Regime, in denen sich politische Akteure die Sprache und die Bilder der Religion zu eigen machen, reicht dort von der inzwischen wohl alles in allem demokratischen Türkei bis hin zum Iran und Saudi-Arabien, die den Anspruch erheben, im Einklang mit dem Geboten des Islams verfasst zu sein.

Religion ist auf das Jenseitige gerichtet. Aber die Gläubigen leben hier und jetzt. Kleinen religiösen Gemeinschaften bzw. Sekten mag es wie den Eremiten früherer Zeiten gelingen, ihren Glauben in vollständiger Abgeschiedenheit zu leben. Großen Religionsgemeinschaften ist diese Option verschlossen. Sie müssen sich in Staat und Wirtschaft einrichten. Broterwerb, Eigentum sowie Schul- und Steuerpflicht zwingen in Rechtsverhältnisse und verlangen nach Berechenbarkeit und Kontinuität.

Derlei war in den Gründungsepochen der drei großen monotheistischen Religionen kein Problem. Das Judentum und der Islam keimten in orientalischen Stammesgesellschaften. Großfamilie und Klan waren Lebensmittelpunkt und Erwerbseinheit, bei Bedarf auch militärische Größen. Kurz: Sie waren Bestandteile überschaubarer Kult- oder Religionsgemeinschaften. Das alte Israel war als Stammesföderation politische und religiöse Gemeinschaft in einem, ebenso die vom Propheten Mohammed in Medina gegründete islamische Urgemeinde auf der arabischen Halbinsel. Das frühe Christentum gelangte nicht einmal auf die Stufe einer politischen Gemeinschaft. Es entstand im politischen Raum des Imperium Romanum.

Als in Europa vor 500 Jahren der Territorialstaat Gestalt anzunehmen begann, hatte die große römische Kirche keine Antwort darauf. Die Antwort gaben vielmehr Territorialherrscher, die in der Kirchenspaltung der Reformation die Chance erblickten, mit der Gründung protestantischer Landeskirchen eigene Interessen zu verfolgen. Erst nach der faktischen Klärung der weltlichen Macht der römischen Kirche kamen die Staatsphilosophen zum Zuge, beginnend mit dem großen *Thomas Hobbes*. Diese aber hatten mit der Religion schon nichts mehr im Sinn und konstruierten einen vernünftigen Staat, der seine Legitimation aus dem Nutzen für den gesellschaftlichen Frieden bezog.

Die Kapitel dieses Buches, die sich dem beobachtbaren Wirken der Religion und der Kirchen zuwenden, beschränken sich auf die Illustration am Beispiel von Gesellschaften, in denen Judentum, Christentum und Islam jeweils die Mehrheitsreligion sind. Auf die Situation jüdischer, christlicher und muslimischer Minderheiten in anderen Gesellschaften wird nicht oder nur beiläufig eingegangen.

Um gleich auf einen Einwand zu antworten, der sich an dieser Stelle aufdrängt. Die Ausführungen über Judentum, Christentum und Islam sind unterschiedlich proportioniert. Deshalb einige Worte zu den Gründen. Sie ergeben sich aus dem historischen Material, an dem sich das Wirken der Religion in den Staaten beobachten lässt. Was das Judentum betrifft, gibt es das singuläre Beispiel des Staates Israel, um den Einfluss dieser Religion auf die Politik zu erörtern. Der Islam wiederum ist als politische Kraft allein im Iran und Saudi-Arabien und dann vorübergehend kurz in Ägypten über eine Oppositionsrolle hinausgelangt. Die christli-

chen Kirchen hingegen standen selten im politischen Abseits. Erst in jüngster Zeit, und auch dies keineswegs überall, sind sie auf einen Status zurückgefallen, der sie wie bedeutsame Interessengruppe neben vielen anderen erscheinen lässt. Interessengruppen agieren in fachpolitischen Arenen, in denen für sie wichtige Fragen entschieden werden. Für die Religionen sind Fragen der Moral – Ehe, Familie, Wertevermittlung, Homosexualität, Schwangerschaftsabbruch – von zentraler Bedeutung. Deshalb gilt der Moralpolitik im Folgenden ein besonderes Augenmerk (zum Gegenstand der Moralpolitik exemplarisch: Hennig 2012; Minkenberg 2002).

Wie lässt sich der politischen Bedeutung der Religion in der Gegenwart auf die Spur kommen? Alle drei großen Religionen sind alt, viel älter als der moderne Staat, der erst vor einigen hundert Jahren zaghaft die Weltbühne betrat, und natürlich noch älter als das moderne Verfassungsdenken und sämtliche Ideologien, die mit und nach der Französischen Revolution in die Welt kamen, erst recht viel älter als die uns geläufigen Parteien, Interessengruppen und Öffentlichkeiten. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Religion und Politik kommt nicht umhin, den Blick ganz weit in die Vergangenheit zu richten. Beim Vergleich historisch gewachsener Strukturen hat es sich bewährt, zu diesem Zweck auf die Ursprünge zu blicken, um anschließend die nachfolgenden Veränderungen zu registrieren (Steinmo et al. 1995).

Gegenstand dieses Buch sind Mehrheitsreligionen in ihren Gesellschaften. Um den Umfang nicht zu sprengen, wird auf die christlich-orthodoxen Kirchen und auf die Kirchen in Lateinamerika nur kurz eingegangen. Kirchen im asiatischen und afrikanischen Kontext bleiben ganz außerhalb der Betrachtung. Auch auf das sozialwissenschaftliche Theorem des „religious marketplace“ geht dieses Buch nicht ein. Es haftet nach Ansicht des Verfassers allzu stark an der im Vergleich mit Europa ungleich volatileren religiösen Landschaft der USA, und es taugt auch schlecht für einen historisch unterlegten interkulturellen Vergleich. Daten, für die keine anderen Quellen ausgewiesen sind, wurden diversen Jahressbänden des Fischer-Welt-Almanach entnommen.

Religion und Politik werden in diesem Buch nach den folgenden Gesichtspunkten erörtert:

#### a. Politische Theorie

1. Impliziert die Religion Elemente einer politischen Theorie oder gar eine vollständige politische Theorie? Welchen Beitrag leistet die wegweisende Interpretation, also das Geschäft der Theologen, zu einem theologisch fundierten Staatsverständnis?
2. In welches Verhältnis setzt sich die Religion zum gesicherten Wissen über die Funktionsweise von Staat und Politik?

b. Interessen

1. Organisiert sich die Religion als Kirche? Welcher Art ist das Interesse, das Kirche und Religionsvewahrer in der Politik verfolgen? Handelt es sich um regulierende Politik, die mit dem Rückhalt staatlicher Autorität auf moralisches Verhalten zielt, oder um Verfassungspolitik, die darauf abzielt, die Religion als Staatsziel zu etablieren, oder aber um Verteilungspolitik, die auf materielle Vorteile für eine religiöse Klientel abhebt?
2. Lässt sich im Wandel der Zeiten ein markanter Wandel im politischen Selbstverständnis erkennen? Wie hält es die Religion mit Pluralismus, Demokratie und autoritärer Herrschaft?

c. Politische Kultur

1. Begünstigt die politische Kultur die Empfänglichkeit des politischen Systems für religiöse oder kirchliche Interessen?

Religion in der Politik

Judentum, Christentum, Islam

Hartmann, J.

2014, VIII, 288 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-04731-3